

RATHAUSREPORT

Weiße Flotte bringt hunderttausende Besucher zum Lustgarten

Keine Abwertung, sondern Aufwertung



Eine deutliche Mehrheit der Stadtverordneten hat entschieden, dass ein Neubau der Weißen Flotte im südlichen Teil des Hafens am Neptunbecken als Sanierungsziel im Planungsgebiet „Potsdamer Mitte“ aufgenommen wird. 29 Stadtverordnete stimmten dafür, 16 dagegen, fünf enthielten sich bei der namentlichen Abstimmung.

Die Öffentlichkeitskampagne wenige Tage vor der Abstimmung, die Demo vor dem Saal, zwei zugelassene Redner zum Thema, Beifalls- und Unmutsäußerungen aus den Zuschauerreihen, die fast ausschließlich mit „Mittschön“-Anhängern besetzt waren – sie hatten zwar die Atmosphäre angeheizt, aber nutzten letztlich nur der Offenbarung, dass das mittlerweile grenzenlose Streben einiger nach einer Stadt wie zu Friedrichs Zeiten die vernünftige Entwicklung Potsdams behindert.

„Es wird so dargestellt, als sei die Weiße Flotte ein störendes Element an dieser Stelle“, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg, der mit der LINKEN-Fraktion seit Jahren für die notwendige Erweiterung der Weißen Flotte im Hafen kämpft. Er verweist auf jährlich 300.000 Besucher, die die Schifffahrt Potsdam in die touristische Bilanz der Landeshauptstadt einbringt. „Es ist nicht der Lustgarten, der die Gäste hierher lockt. Es ist die Weiße Flotte.“ Nicht die Rückkehr zum historischen Vorbild, sondern die Notwendigkeiten heutiger

Entwicklung müssten diskutiert werden. „Wieso soll der Bau der Weißen Flotte eine Abwertung des Lustgartens sein? Wir betrachten ihn als Aufwertung.“

Nach jahrelangen, von der LINKEN unterstützten Bemühungen hatte die Weiße Flotte vor zweieinhalb Jahren schon einmal Grünes Licht für einen Neubau am Hotel Mercure erhalten. Doch die avisierte Kunsthalle von Hasso Plattner und der damit von einigen erhoffte Abriss des Mercure waren auf einmal wichtiger. Trotz der Absage Plattners soll die Weiße Flotte nun unbeeinflusst vom Mercure am Hafen bauen. Der von der Verwaltung und der Weißen Flotte erarbeitete und nun von der SVV beschlossene Vorschlag sieht ein bebaubares Grundstück vor, das als Kompromissangebot zwischen Hafen und Neptunbrunnen noch einmal um 15 Meter verkleinert wurde. Der dort eigentlich vorgesehene Kundenservice bleibt am Fuß des Mercure, so lange das Gebäude steht. Danach soll es dort eventuell einen Pavillon am Hafeneingang geben.

Urheber-, wettbewerbs- und baurechtliche Fragen, mit denen die Kritiker argumentierten, sieht die Verwaltung nicht oder als lösbar an.

Hätte es solche Kontroversen auch um Plattners Kunsthalle im Lustgarten gegeben?

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen
und Potsdamer,

ein bis auf den letzten Platz besetzter Plenarsaal zeigte, dass es um interessante Themen ging. In diesem Fall war es der Neubau der Weißen Flotte, der vor allem Kritiker des Vorhabens angezogen hatte. Die Anhänger von „Mittschön“ waren dann sichtlich enttäuscht, dass es nicht zu einer weiteren Vertagung, sondern zu einer klaren Entscheidung der Stadtverordneten kam, die sich mit einer Zweidrittelmehrheit für einen Bau am Neptunbecken aussprachen. Damit fand ein seit 2005 andauernder Diskussionsprozess endlich seinen Abschluss.

DIE LINKE hat daran großen Anteil.

Wir haben uns seit langem konsequent für einen dauerhaften Standort der Weißen Flotte in der Nähe der Langen Brücke ausgesprochen im Unterschied zu anderen, die dieses Unternehmen gar nicht oder möglichst so platzieren wollen, dass es am wenigsten stört.

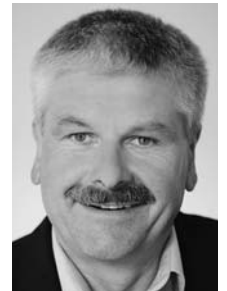
Die Flotte ist Aushängeschild für den Potsdamer Tourismus und sie ist wichtiger Arbeitgeber. Insofern ist die getroffene Entscheidung Wirtschaftsförderung im besten Sinne.

Die Wiedergewinnung der historischen Mitte der Stadt ist eben mehr als die Wiederherstellung des historischen Zustandes. Schließlich wollen wir doch, dass sich möglichst viele Potsdamer mit ihrem Stadtzentrum identifizieren können.

Es ist gut, dass solche Fragen intensiv von einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden. Noch besser wäre es, wenn das ohne Beleidigungen und mit einem gewissen Respekt für unterschiedliche Auffassungen ablaufen könnte.

Ihr

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
Fraktionsvorsitzender



Schulsozialarbeit an Potsdamer Schulen

Bereits seit März 2011 war ein Antrag der LINKEN in den Geschäftsgängen der Ausschüsse unterwegs, nachdem angestrebt werden sollte, dass innerhalb der nächsten 10 Jahre an jeder staatlichen Schule der LHP ein Sozialarbeiter tätig ist.



Der Jugendhilfeausschuss hat schnell reagiert und noch im März 2011 einstimmig beschlossen, dass innerhalb der nächsten 10 Jahre an jeder Schule Sozialarbeit verankert wird. Es war nicht einfach, im Verlaufe der Diskussion klarzustellen, worin der Unterschied zwischen beiden Formulierungen besteht.

Es gibt bereits viele Angebote der Jugendhilfe für Schülerinnen und Schüler, die an der Schnittstelle zur Schule erbracht werden und nicht speziell an die Person „Schulsozialarbeiter“ gebunden sind. Nach intensiver Abstimmung zwischen Schule und Jugendhilfe gibt es nun die fachliche Position, bis März 2015 ein Gesamtkonzept „Schulsozialarbeit an Schulen“ zu erarbeiten. Es soll ein Rahmenkonzept für die auf Schülerinnen und Schüler bezogenen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe entstehen.

Es geht im Wesentlichen also darum, vorhandene Ressourcen koordinierter und zielgerichteter einzusetzen. Das geschieht auch in dem Wissen darum, dass es sich die Stadt absehbar finanziell nicht leisten können wird, an jeder Schule einen Schulsozialarbeiter einzusetzen. Weder Land noch Bund beteiligen sich bisher an der Finanzierung von Leistungen, die die Kinder- und Jugendhilfe in das System Schule gibt. Die Forderung, diesen Zustand schleunigst zu ändern, halten wir aufrecht.

Dr. Sigrig Müller
Jugendpolitische Sprecherin der Fraktion
Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses

Schulsozialarbeit

Mit einem Antrag wollte DIE LINKE erreichen, dass an jeder staatlichen Schule ein Schulsozialarbeiter tätig ist. Der Jugendhilfeausschuss hatte den Antrag mit Zustimmung der LINKEN relativiert (s. nebenstehende Kolumne) so dass die Form der Ausgestaltung von Schulsozialarbeit offen ist, begründete Stefan Wollenberg. Im September 2013 soll ein Stufenplan der Realisierung vorgelegt werden.

Verband Kommunalen Krankenhäuser

Gemeinsam mit der Geschäftsführung des Klinikums „Ernst von Bergmann“ soll sich der Oberbürgermeister für eine engere Zusammenarbeit der kommunalen Krankenhäuser im Land Brandenburg einsetzen. Diesen Antrag der LINKEN beschlossen die Stadtverordneten. Ziel ist die Schaffung eines Verbandes Kommunalen Krankenhäuser. Im Juni 2013 soll der Oberbürgermeister berichten.

Evaluierung STEK Wohnen

Das 2009 beschlossene Stadtentwicklungskonzept (STEK) Wohnen müsse den heutigen Bedingungen des Woh-

nungsmangels und des Defizits bei bezahlbarem Wohnraum angepasst werden, begründete Dr. Hans-Joachim Scharfenberg den entsprechenden Antrag. Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen. Die Verwaltung wird im Juni 2013 einen entsprechenden Bericht vorlegen.

Fahrplankorrektur RE 1

Um den Halt des RE 1 auf den Bahnhöfen Charlottenhof und Park Sanssouci geht es in einem Antrag der LINKEN, der mehrheitlich beschlossen wurde. Die Züge von Berlin Hbf. ab 15.41 und 16.41 Uhr halten unerklärlicher Weise nicht wie alle anderen in den genannten Potsdamer Bahnhöfen, begründete Ralf Jäkel. Da die Leistungsbestellung von Land erfolge, gebe es dazu eine Chance, meinte Matthias Klipp. Im März soll berichtet werden.

Kunstverein Scholle 51

Durch die plötzliche Kündigung des Mietvertrages, mussten neue Räume für den Kunstverein Scholle 51 gefunden werden, begründete Dr. Karin Schröter den Antrag der LINKEN. Die Stadtverordneten beschlossen mehrheitlich, dass bis zum März 2013 zugleich Vorschläge vorzulegen seien, wie und wo Räume für kreative Betätigung zur Verfügung gestellt werden können.

Überwiesen in die Ausschüsse

Unterstützung Bündnis Faires Brandenburg e.V. und Katte e.V.

Da der Antrag des Vereins Faires Brandenburg auf Spitzenverbandsförderung von 30.000 Euro für 2013 vom Ministerium für Arbeit, Soziales Frauen und Familie ohne Begründung abgelehnt wurde, sollte der Oberbürgermeister überprüfen, inwieweit die Landeshauptstadt den Verein bei der Finanzierung der Büroinfrastruktur unterstützen kann. Die Weiterführung vieler bisher erfolgreicher Projekte von Ausstellungen, Seminaren, HIV/Aids-Prävention, Betreuung und Begleitung Hilfesuchender sei nicht mehr möglich, wenn die Bürokosten für die Orga-

nisation der Arbeit nicht mehr zu erbringen sind, erklärte Jirka Witschak vom Verein, für den DIE LINKE Rederecht beantragt hatte.

Der Antrag wurde trotz der Dringlichkeit einer Entscheidung in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales überwiesen.

Elterngeld

Da gegenwärtig die Eltern etwa zwei Monate auf die Auszahlung des Elterngeldes warten müssen, hat die LINKE den Antrag eingebracht, dass die Verwaltung unverzüglich die Voraussetzungen schafft, um die Auszahlung innerhalb von vier Wochen zu sichern. Der Antrag wurde in den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

Dr. Hans Jürgen Scharfenberg, Birgit Müller, Dr. Sigrig Müller, Dr. Karin Schröter. Stellvertretende Mitglieder sind: Dr. Klaus-Uwe Gunold, Dr. Gabriele Herzel, Peter Kaminski, Stefan Wollenberg, Rolf Kutzmutz.

Erledigt

Katastrophenschutzplan für Forschungsreaktor Wannsee

Im Internet leicht zugänglich soll die vom Helmholtz-Zentrum herausgegebene Broschüre über Katastrophenschutzmaßnahmen der Bevölkerung sein. Nachdem die Beigeordnete Elona Müller Preinesberger erklärt hatte, dass unter *potsdam.de – Flugrouten – wichtige Links* die Broschüre bereits als PDF eingerichtet wurde, war die LINKE damit einverstanden, den Antrag als erledigt zu werten.

Vertagt

Wohnen im Kirchsteigfeld

Aus Zeitgründen vertagt auf die nächste SVV wurde ein Antrag der LINKEN, nach dem geprüft werden soll, ob das geplante Gewerbegebiet in Kirchsteigfeld zumindest teilweise für den Wohnungsbau umgewidmet werden kann.

Bestellt

Hauptausschuss

Durch personelle Veränderung in der Fraktion Die Andere wurde ein neuer Beschluss über die Zusammensetzung des Hauptausschusses notwendig. Demnach sind für DIE LINKE im Hauptausschuss:

Potsdam Museum/Lindenstraße 54

Abgelehnt hat die Stadtverordnetenversammlung den Antrag der LINKEN, die Gedenkstätte Lindenstraße 54 in das Potsdam Museum zu integrieren. Damit sollten dieser Teil der Stadtgeschichte in den Gesamtkontext der Stadtgeschichte gestellt und Synergieeffekte erreicht werden.

Sozialtarif Energieversorgung

Mit ihrem Antrag wollte die LINKE Möglichkeiten finden, gemeinsam mit der EWP die stetige Erhöhung der Energiepreise für bedürftige Haushalte erträglich

zu machen. Der Antrag wurde abgelehnt, weil sich ein noch in den Ausschüssen befindlicher Antrag der B 90/Grünen für einen allgemeinen Energiespartarif bevorzugt werde. Dieser habe aber nicht die von der LINKEN gewollte Zielrichtung, bedürftige Haushalte zu unterstützen, appellierte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg.

Sozialer Wohnungsbau

Ohne Diskussion wurde der Antrag der LINKEN abgelehnt, mit der ein Überblick über die Möglichkeiten für einen nachhaltigen sozialen Wohnungsbau, über Fördermöglichkeiten und Belegungsbindung dargestellt werden sollte.

Hauptversammlung des Deutschen Städtetages

Birgit Müller (LINKE) und Claus Wartenberg (SPD) wurden als Vertreter der Landeshauptstadt Potsdam bei der 37. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages gewählt.

Zu der Veranstaltung, die vom 23. bis 25. April 2013 in Frankfurt/Main stattfindet, sind je ein Vertreter der beiden größten Fraktionen der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung mit Stimmrecht zu delegieren.

Verwaltung beantwortete Fragen der LINKEN

Schäden am Karl-Liebke-Forum

An der Mosaikwand des Karl-Liebke-Forums im Lustgarten ist bei einer Wartungsbegehung im August 2012 festgestellt worden, dass Kleinmosaiksteine in den Schriftzügen fehlen. Dr. Karin Schröter fragte die Verwaltung, ob kurzfristig eine Reparatur geplant ist. Matthias Klipp nannte das Karl-Liebke-Forum ein gelungenes Beispiel für die Weiterentwicklung des historischen Lustgartens. Es sollte erhalten und instand gehalten werden. Nach seiner Einschätzung seien die Schäden nicht durch die Witterung entstanden, sondern durch Vandalismus herbeigeführt worden. Die fehlenden Mosaiksteine werden ersetzt (im April), wenn das Wetter es wieder zulässt, um eine würdige Gedenkstätte zu erhalten.

Straßenreinigungsgebühren

Zur bis zum Jahresende nicht erfolgten öffentlichen Bekanntmachung der am 05.12.2012 beschlossenen Straßenreinigungsgebührensatzung 2013 gab es mehrere Fragen der Abgeordneten. Dr. Sigrid Müller wollte wissen, welche Auswirkungen dies für die Gebührenbescheide 2013 hat.

Die Veröffentlichung sei im Amtsblatt vom 24. Januar erschienen, sagte Matthias Klipp. Vorher sei eine Veröffentlichung nicht möglich gewesen. Erst nach der Veröffentlichung werden die Gebührenbescheide verschickt. Rechtliche Folgen habe dies nicht, erklärte er auf Nachfrage.

Umsetzung der Mietenbremse

Über die von den Stadtverordneten beschlossene Beschränkung der Mietenentwicklung im städtischen Wohnungsunternehmen Pro Potsdam sollte der Oberbürgermeister mit weiteren Wohnungsunternehmen sprechen, um die Mietenbremse möglichst auf die ganze Stadt auszudehnen. An diesen Beschluss erinnerte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg nicht zum ersten Mal und fragte den Oberbürgermeister nach dem aktuellen Stand.

Jann Jakobs führte erneut die regelmäßigen Gespräche mit den Wohnungsgesellschaften in der AG Stadtspuren an, er gebe auch Hinweise auf den Beschluss bei

privaten Wohnungsbau-Investoren, betonte aber auch, dass der Beschluss nur für die Pro Potsdam gelte, für andere Vermieter gebe es kein rechtliches Mittel. Nachdem Jakobs mit dem Hinweis auf das Bundestags-Wahlprogramm der SPD, in dem der Anstieg der Mieten gebremst werden soll, schon mal den Wahlkampf für seine Partei einleitete, relativierte Hans-Jürgen Scharfenberg den Oberbürgermeister: Die Mietenbremse dürfe nicht nur sein „konjunkturelles Wahlkampfthema“ sein. Er schlug dem Oberbürgermeister vor, private Vermieter einzuladen, um sie für die Beschränkung der Mietenentwicklung zu gewinnen.

Jakobs nahm die Anregung auf und werde auch die Fraktionsvorsitzenden mit einbeziehen.

Gemeindezentrum russisch-orthodoxe Gemeinde

Der Bau eines Gemeindezentrums der russisch-orthodoxen Kirche habe zwar die Unterstützung der SVV, aber die Diskussion um den Standort verzögere den Bau. Wie ist der Stand der Gespräche, fragte Hans-Jürgen Scharfenberg. Matthias Klipp sagte, es habe seit einem Jahr keine Gespräche mit der Gemeinde gegeben, daher gebe es Informationen nur über Dritte. Er wisse vom zuständigen Ministerium, dass die Gemeinde mit dem Vorschlag und den Bedingungen für einen Bau auf dem Kapellenberg einverstanden sei. Es sei aber noch kein entsprechender Antrag eingegangen.

Er griff den Vorschlag von Scharfenberg auf, die Gemeinde zum Gespräch einzuladen.

Kauf von Garagengrundstücken

Der Garagenverein „Unter den Eichen“ hat den Antrag gestellt, das Grundstück zu kaufen. Wann werde darüber entschieden, wollte Hans-Jürgen Scharfenberg wissen. Burkhard Exner erinnerte an den SVV-Beschluss des Garagen-Standortkonzeptes 2008. Demnach seien auch diese über 9000 Quadratmeter für zehn Jahre gesichert. Scharfenberg hakte nach: Im Konzept sei es um die Sicherheit für die Pächter gegangen. Sei der Kauf nicht eine höhere Sicherheit? Exner relativierte: Es gehe nicht allein um Nutzer-, sondern auch um städtische Interessen, die nach 2018 zu betrachten seien.

Schulküche Coubertin-Oberschule

Eine qualifizierte Lehrküche für berufsbegleitende Ausbildung und gesundes Essen sollte in der Coubertin-Oberschule eingerichtet werden. Wie der Stand der Vorbereitung ist, wollte Hans-Jürgen Scharfenberg wissen. Ein Konzept wurde in der Schule gerade vorgestellt, teilte Iris Jana Magdowski mit. Es sei von vier Koch-Arbeitsplätzen und zwei Plätzen für Schüler auszugehen. Da der derzeit genutzte Raum nicht ausreicht, soll bis zum 25. Februar ein Konzept erarbeitet werden, das die notwendigen, den Bau- und Hygienevorschriften entsprechenden, Maßnahmen ausweist. Die Küche soll mit geringstem Kostenaufwand entstehen.

Kommission Badneubau

Auf die Frage nach der Konstituierung der Kommission zur Begleitung des Badneubaus Am Brauhausberg von Dr. Sigrid Müller, antwortete Dr. Iris Jana Magdowski. Die Konstituierung erfolge am 14.02.2013.

Café im Park in der Gartenstadt

Im Entwicklungskonzept der Gartenstadt Drewitz ist auch „Café im Park“ vorgesehen. Nun war dem Stadtteilrat ein Projekt eines möglichen Betreibers vorgestellt worden. Jana Schulze fragte nach den Grundlagen. Matthias Klipp erklärte, dass der Masterplan eine nicht näher bestimmte Position eines Cafés im Park enthält. Bei einem Studentenworkshop seien interessante Anregungen entstanden, die eine Aufwertung des öffentlichen Raumes wären. Interessenten für die Betreibung des Cafés gebe es. Er halte es für sinnvoll, das Grundstück auszuschreiben. Die Gremien würden dann informiert werden.

Parken in der Babelsberger Straße

Die völlig zugesperrte rechte Fahrspur in der Babelsberger Straße in Richtung Lange Brücke führte zu regelwidrigem Verhalten der Autofahrer. Was gedenkt die Verwaltung zu tun, um die Befahrbarkeit der Straße wieder zu verbessern, fragte Ingrid Püschel.

Elona Müller-Preinesberger teilte mit, dass hier zwar keine direkte Gefährdung/Unfallhäufung bestehe, aber bei genügender Wetterlage werde eine entsprechende Fahrbahnmarkierung aufgebracht.



**Sitzungen der
Fraktion DIE LINKE in der
Stadtverordnetenversammlung
Potsdam**

Stadthaus, Raum 3.107,
Beginn jeweils 18 Uhr
11.; 18. und 25. Februar; 04.;
11. und 18. März 2013

**51. Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung
mit Einwohnerfragestunde**

Stadthaus, Plenarsaal
6. März 2013, Beginn 15 Uhr

**Frühschoppen
„Rathausreport live“**

Bürgerhaus Stern*Zeichen, Gali-
leistraße 37-39, Stadtteil Stern
10. März 2013, Beginn 10 Uhr

**Ausgabe „Rathausreport“
Nummer 2/2013**

Stadthaus, Raum 3.107
15. bis 20. März 2013 (außer Sa.
und So.)

Sie haben auch die Möglichkeit,
den Rathausreport an den Info-
Ständen der Fraktion DIE LINKE
in den Stadtteilen zu bekommen.

**Bürgersprechstunde
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
(Mdl) und Fraktionsvorsitzender**

am 19. Februar 2013 ab 17 Uhr
im Bürgerbüro, Galileistraße
37/39 (Bürgerhaus Stern*Zei-
chen).

Voranmeldungen sind möglich
unter: Tel.: 0331/2893051;
Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@
rathaus.potsdam.de

Stadtentwicklung für die Menschen



Dr. Karin Schröter, Weiße Flotte-Geschäftsführer Jan Lehmann, Fraktionsvorsitzender der LINKEN Hans-Jürgen Scharfenberg, Baubeigeordneter Matthias Klipp und Ralf Jäkel beim Rathaus Report Live im Club g1 in Potsdam West.

Es ist nicht ungewöhnlich, wenn der Baubeigeordnete Matthias Klipp den Sonntagmorgen beim Rathaus Report der LINKEN verbringt. Oft war er schon zu Gast, meist mit Kind im Arm. Und oft genug hatte er sich tapfer den kritischen Fragen gestellt. In letzter Zeit haben sich die Vorzeichen verändert: Von der Rathauskooperation durchgeboxte Beschlüsse zum Abriss des Wohnblocks am Alten Markt, zum Aufbau der historischen Post sahen Bauverwaltung und LINKE auf einer Seite. Und so auch bei der überfälligen Entscheidung für einen Neubau der Weißen Flotte am Neptunbecken, für den die LINKE seit Jahren streitet und als einzige Fraktion geschlossen dem mit der Weißen Flotte abgestimmten Vorschlag der Verwaltung unterstützt hat.

Jan Lehmann, der Geschäftsführer der Schifffahrt Potsdam, war ebenfalls gekommen. Ihm war die Erleichterung über den Beschluss der Stadtverordneten anzusehen, dass sein Unternehmen nun endlich im Hafen bauen darf. Er könne nicht verstehen, dass Sichtachsen (die sowieso niemand wahrnimmt, weil der Lustgarten ein toter Raum ist) derart wichtig sein sollen, dass man die Weiße Flotte nicht sehen darf. Im Gegenteil: das neue Gebäude erschließe erst den Raum für Besucher.

Matthias Klipp sieht den Neubau keineswegs

als Widerspruch zur historischen Anlage. Die Stadtentwicklung geschehe für und mit den Menschen und nicht als Rekonstruktion eines Kupferstichs aus dem 18. Jahrhundert. Die Weiße Flotte sei kein Störfaktor, sondern eine Bereicherung an diesem Ort. Das Engagement des Unternehmens für den Tourismus und das Ansehen der Stadt müsse nun endlich gewürdigt werden.

Die Anwesenden sparten nicht mit Zustimmung und ergänzten die Argumente um eine bisher nicht in die Diskussion einbezogene Tatsache: Schon der Kaiser hatte mit dem Bau des Bahndamms aus vernünftigen Erwägungen in den historischen Lustgarten eingegriffen.

Und Jan Lehmann sprach von einer großen Enttäuschung: Auf der Demonstration für die Kunsthalle war er auf Drängen der Mitteschön-Sprecherin Barbara Kuster aufgetreten und hatte versichert, dass die Weiße Flotte der Kunsthalle nicht im Wege stehen werde. Auf der Stadtverordnetenversammlung wandte sie sich nun vehement gegen seinen Bau. Matthias Klipp drückte die überzogenen Mitteschön-Aktivitäten auf Kosten der Weißen Flotte mit Luther deftig aus: „Auf einem fremden Arsch lässt es sich trefflich durch die Hölle reiten“.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam